Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Herzog-Max-Straße Nr. 4.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile: 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Herzog-Max-Straße 4 / Fernsprecher 93099 Postscheck-Konto: München 3987.

Nr. 31 | München, 3. August 1928 | 15. Jahrgang

1928 Wochenkalender 5688

	August	Aw	Bemerkungen
Sonntag	5	19	
Montag	6	20	
Dienstag	7	21	
Mittwoch	8	22	
Donnerstag	9	23	
Freitag	10	24	
Samstag	11	25	ראה מברכין החדש פרק ה'

Das Jüdische Echo

Nummer 31 — **3. August** — **15. Jahrgang**

Das Aktionskomitee zum Bericht der Jewish-Agency-Kommission

In der Sitzung des Zionistischen Aktionskomitees vom 27. Juli wurde die von der zionistischen Öffentlichkeit lang erwartete Resolution zum Bericht der Jewish-Agency-Kommission mit überwältigender Stimmenmehrheit angenommen.

Die Resolution lautet:

A

Das Aktionskomitee der Zionistischen Organisation drückt den Mitgliedern der Joint Palestine Survey Commission für die von ihnen geleistete wertvolle Arbeit seinen besonderen Dank aus und begrüßt den im Bericht zum Ausdruck gekommenen Wunsch zur Zusammenarbeit aller Kreise des jüdischen Volkes beim Aufbau des jüdischen nationalen Heimes in Palästina in der Erwartung, daß eine solche Zusammenarbeit zu der erwünschten Beschleunigung und Stärkung des palästinischen Aufbauwerkes führen wird.

Das AC konstatiert mit Befriedigung, daß die Kommission, in Übereinstimmung mit der Stellungnahme der Zionistischen Organisation, eine Reihe von politischen Forderungen aufgestellt hat, die sich auf die Verpflichtung der palästinischen Administration und der Mandatarmacht beziehen, für die Schaffung solcher administrativer und wirtschaftlicher Bedingungen im Lande Sorge zu tragen, die die Errichtung des jüdischen nationalen Heimes sicherstellen.

B

Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Empfehlungen der Kommission erklärt das AC, daß der Bericht in einigen wesentlichen Punkten der Notwendigkeit, gewisse wirtschaftliche Methoden mit den spezifischen Aufgaben und Bedingungen der Aufbauarbeit in Palästina in Übereinstimmung zu bringen, nicht hinreichend Rechnung trägt.

B (1)

Die Zionistische Organisation anerkennt den KKL als alleiniges Instrument der Bodenpolitik in Palästina. Demgemäß und entsprechend dem von den zionistischen Kongressen wiederholt festgestellten Prinzip der Auslösung des Bodens als Volksbesitz müssen alle aus öffentlichen Geldern der Jewish Agency zu erwerbenden Ländereien ins Gemeineigentum des jüdischen Volkes übergehen und allen Prinzipien des KKL, was Eigentum der Böden und ihre Vergebung an die Siedler betrifft, unterworfen werden. Um die Integrität des KKL zu wahren, soll der Erwerb von Böden aus zwei verschiedenen Fonds ausgeschlossen sein.

Die Zionistische Organisation hat stets auch den privaten Bodenerwerb und die Förderung der Ansiedlung von Siedlern mit eigenen Mitteln als wichtig anerkannt. Ein diesem Zwecke dienendes Institut soll indes nicht laufend aus öffentlichen Mitteln unterhalten, sondern lediglich durch einmalige finanzielle Maßnahmen aktionsfähig gemacht werden.

B (2)

Das AC verweist auf das der zionistischen Kolonisationsarbeit zugrunde gelegte Prinzip der Freiheit des Siedlers in der Bestimmung der sozialen Form seiner Wirtschaft und erklärt demgemäß, daß auch in Zukunft den Siedlern das Recht gewahrt werden muß, ihre Wirtschaftsform — Kwuzah, Moschaw oder andere Siedlungsform — zu wählen, wobei verstanden wird, daß jede Siedlungsform den Erfordernissen der Wirtschaftlichkeit und der Möglichkeit ökonomischer Selbsterhaltung genügen muß.

B (3)

Gemäß den Kongreßbeschlüssen betreffend dauernde Verstärkung der Einwanderung erklärt das AC als wesentlich, daß die jüdische Einwanderung nach Palästina sowohl durch die Jewish Agency als auch durch die palästinische Administration verstärkt und gefördert wird, und daß Arbeiter-Einwanderer ebenso wie Einwanderer mit eigenen Mitteln die erforderlichen Möglichkeiten erhalten, ins Land zu kommen und sich dort niederzulassen.

B (4)

Das AC erklärt, daß in allen von der Jewish Agency durchgeführten oder geförderten Arbeiten und Unternehmungen der Grundsatz der jüdischen Arbeit gewahrt bleiben muß.

B (5)

Die genaue Formulierung dieser auf die Sicherung der hebräischen Sprache sich beziehenden Resolution erfolgt später.

Das AC erklärt demgemäß, daß die Anerkennung der in den vorstehenden fünf Vorschlägen niedergelegten Grundsätze der jüdischen Arbeit, der hebräischen Sprache, des nationalen Bodens, des Selbstbestimmungsrechtes der Siedler und der ständig wachsenden Einwanderung unabänderliche Grundlage für die Errichtung der Agency und für die Aufstellung ihres Arbeitsplanes ist.

Indem das AC auf die vorstehenden Punkte besondere Aufmerksamkeit lenkt, erklärt es, daß der Bericht der Kommision in seinen allgemeinen Umrissen von wesentlicher Bedeutung für die Aufstellung eines Arbeitsprogramms der Jewish Agency ist.

Der von der Kommission erwogene Plan der Errichtung eines Instituts für Industrie-, Pflanzungs- und Handelskredite mit einem Kapital von 750 000 bis 1 Million Pfund sollte mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden.

C

Das AC beschließt, daß unter Fortsetzung der begonnenen Verhandlungen zur Erweiterung der Jewish Agency gemäß den Beschlüssen des XIV. und XV. Kongresses und den vorstehenden Resolutionen unverzüglich die erforderlichen Schritte unternommen werden sollen. Die Exekutive wird aufgefordert, die Verhandlungen mit den jüdi-

schen Gemeinschaften der verschiedenen Länder energisch fortzusetzen und sobald wie möglich zum Abschluß zu bringen.

Minderheitsanträge

Seitens der einzelnen Parteien wurden Minderheitsanträge eingebracht, die mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt wurden.

Es lagen vor: a) eine Resolution der Radikalen Zionisten, b) eine Resolution der Zionisten-Revisionisten, c) ein Zusatzantrag der Poale Zion, d) ein Amendement (Verbesserungsvorschlag) der Hitachdut.

Als weitestgehender Antrag kommt zuerst der Antrag der Radikalen zur Behandlung, der von Dr. Soloweitschick begründet wird und der lautet:

„Das AC konstatiert, daß das in den Schlußfolgerungen der Survey Commission enthaltene konstruktive Programm, dessen Aufstellung für die erweiterte Jewish Agency nach dem Wortlaut des Marshall-Weizmann-Schreibens vom 1. Juni 1927 allein die Aufgabe dieser Kommission war, nicht im Einklang mit den Beschlüssen des XIV. und XV. Kongresses steht und weder seinem Wortlaut noch seinem Geiste nach als Grundlage für eine auf die zionistischen Ziele hinstrebende Arbeit in Palästina dienen kann.

Angesichts dieser Sachlage erklärt das AC die bisherigen Verhandlungen über die Erweiterung der Jewish Agency für gescheitert.

Das AC erblickt in der Tatsache, daß die Exekutive in dem von ihr der Expertenkommision vorgelegten Memorandum es nicht für nötig gefunden hat, die auf die Erweiterung der Jewish Agency bezüglichen Beschlüsse der Kongresse klar zum Ausdruck zu bringen, eine Verletzung ihrer Pflicht und eine Mißachtung der gesetzgebenden Körperschaft der Organisation und entzieht der Exekutive das Vertrauen."

Sodann begründet Lichtheim die Anträge der Revisionisten, die lauten:

„Nach Kenntnisnahme des Protestes, des Herrn Marshall gegen das vom Kongreß verlangte dreijährige Provisorium, sowie nach Kenntnisnahme der Sachverständigen-Gutachten über die notwendigen Folgen der Erweiterung der Jewish Agency hinsichtlich des Mandates, insbesondere hinsichtlich des erforderlichen Verzichtes der Zionistischen Organisation auf ihre in Artikel 4 des Mandats verankerte Funktion als Jewish Agency erklärt das AC folgendes:

a) Die von der Leitung unternommenen Schritte zur Erweiterung der Jewish Agency widersprechen den vom XIV. Zionistenkongreß festgesetzten Richtlinien.

b) Das Abkommen des Herrn Marshall vom 17. Januar 1927 wurde unter irrigen Voraussetzungen abgeschlossen und ist daher hinfällig.

c) Das AC ist daher der Ansicht, daß die künftige Exekutive die bisherigen Schritte zur Erweiterung der Jewish Agency rückgängig machen und neue Vorschläge auf völlig neuer Grundlage ausarbeiten muß, um eine Kooperation mit nichtzionistischen Kreisen im Sinne des Mandats herbeizuführen, wobei die Zionistische Organisation die Funktion der Jewish Agency behalten soll."

Der Zusatzantrag der Poale Zion lautet:

„Das AC stellt mit Bedauern fest, daß das von der Joint Palestine Survey Commission vorgelegte Arbeitsprogramm in wesentlichen Punkten mit den vom XIV. und XV. Zionistenkongreß für die Erweiterung der Jewish Agency festgelegten Richtlinien nicht im Einklang steht und darüber hinaus Grundsätze aufstellt, die der von den zionistischen Kongressen als richtig erkannten Kolonisationspolitik widersprechen. Insbesondere verweist das AC auf die im Bericht zum Ausdruck gekommene Tendenz, die Bodenpolitik der Jewish Agency vornehmlich auf die Schaffung privaten Bodeneigentums mit der Hilfe nationaler Mittel zu richten und den Jüdischen Nationalfonds zu einer sekundären Rolle herabzudrücken; auf die Ablehnung des Prinzips der Eigenarbeit in der landwirtschaftlichen Kolonisation und der genossenschaftlichen Siedlungsform (Kwuzoth); schließlich auf das Fehlen realer Sicherungen für jüdische Arbeit und stetig wachsende Alijah."

Zu Punkt B (1) Absatz 2 erster Satz lag folgendes, von der Hitachduth eingebrachtes Amendement vor:

„Die Jewish Agency hat auch die Aufgabe, den privaten Bodenbesitz und die Ansiedlung von Siedlern mit eigenen Mitteln zu regeln und zu kontrollieren."

Die Sitzung des Aktions-Komitees

Der Montag und Dienstag vormittag waren ausschließlich den Kommissionsberatungen gewidmet. Auf der 7. und 8. Sitzung von Dienstag und Mittwoch nachmittag wurde die Palästinadebatte durchgeführt. Als erster sprach Rabbi Berlin, der eine klare Erklärung verlangt, daß wir nicht genügend Mittel haben, um alle von uns übernommenen Aufgaben zu erfüllen. Wir sollen uns daher auf einige Aufgaben beschränken, für die anderen würden evtl. Sonderfonds geschaffen werden müssen. Suprasky erklärt, daß die vom Kongreß gewünschte Konsolidierung zu einer Liquidation geworden sei. Twersky führt die Mithilfe der Arbeiterschaft bei Behebung der Arbeitslosigkeit als Beweis hierfür an, daß die Arbeiterschaft der Exekutive fair play gegeben habe. Das vorgelegte Budget beweise, daß wir einige Jahre noch auf jede neue Kolonisation verzichten. Mit Rücksicht auf die derzeitigen Schwierigkeiten sollte die Exekutive in ihrem Budget die Bezahlung der alten Schulden für später verschieben. Harzfeld schildert in den düstersten Farben die Lage des Jischuw im abgelaufenen Jahre. Niemand sei sich wohl der

Opfer bewußt, die die Arbeiterschaft auf sich genommen hat. Die Arbeiter wollen dort bauen und Neues schaffen und sagen der Exekutive, die dies unmöglich macht, einen Kampf bis aufs äußerste an. Bileski erklärt, man vergesse allzusehr die schweren Bedingungen, unter denen die Exekutive die Arbeit übernommen hat. Sie hat viel zur Besserung beigetragen und die, die sie gewählt haben, nicht enttäuscht. Die kolonisatorische Arbeit muß den vorhandenen Mitteln angepaßt sein. Der Kongreß war in seiner Mehrheit dieser Ansicht und wir halten an ihr fest. Schapiro beklagt sich über die ungerechte Behandlung der Siedler des Hapoel Hamisrachi. Disengoff beantragt Streichung aller kleiner Posten im Budget, da mit ihnen doch nichts anzufangen sei, damit wir unsere Mittel nicht verzetteln. Farchy bedauert, daß man nicht über Vergrößerung der Mittel spreche. Man müsse mit neuen Losungen kommen und vor allem die Eroberung der Gemeinden proklamieren, die dann ebenso wie in Bulgarien auch das Geld für den Keren Hajessod aus Steuermitteln bewilligen werden. Grünbaum wendet sich gegen die unsystematische Aufstellung des Budgets. Manche Posten wurden stark gekürzt, während andere, wie Gesundheitswesen, ganz unberührt blieben. Die Unantastbarkeit der Hadassah müsse aufhören. Auch die administrativen Spesen wurden nicht nennenswert verkleinert. Der Aufbau des Budgets ist somit ein ganz unnormaler. Die Amerikaner sollen offen erklären, ob der Zionismus wirklich schon so schwach sei, daß man sich mit solch geringen Eingängen begnügen müsse. Dr. Ruppin erkärt seine Ansichten über die Prinzipien, unter denen Bodenkäufe in Palästina getätigt werden sollen. Solange die Mittel des KKL nicht ausreichen, um alle Böden zu erwerben, haben auch private Bodenkäufe ihre Berechtigung.

Vor Schluß der Sitzung wird noch anläßlich des 6. Jahrestages der Ratifizierung des Mandates durch England und des 80. Geburtstages Lord Balfours beschlossen, namens des Aktions-Komitees und der Exekutive ein Huldigungstelegramm an Lord Balfour abzusenden.

Auf der Mittwochsitzung erklärt Tartakower, daß das Prinzip der Konsolidierung, das an sich richtig ist, während des letzten Jahres unmäßig überspannt wurde. Die Einstellung der Alijah habe nicht nur das Leben in Palästina, sondern auch die zionistische Bewegung im Galuth zur Stagnation gebracht. Im besonderen beklagt sich Redner über Beeinträchtigung des Hechaluz und der Hachscharah-Arbeit. Großmann kritisiert scharf die Exekutive. Das Budget behalte den Charakter eines Takziw bei, worin die Posten eigentlich Subsidien bedeuten. Der Keren Hajessod sei als Kreditfonds gedacht worden. Auch für genügende Landreserven habe die Exekutive keine Vorsorge getroffen. Sie habe auch in einer Reihe von Fällen nicht interveniert. Beim heutigen Zustand der Bewegung seien größere Einkünfte nicht zu erwarten. Dr. Hindes weist darauf hin, daß die Exekutive wisse, wohin sie steuere. Das Budget ist beunruhigend, aber daran sei nicht die Exekutive schuld. Die Geldgeber wollen wissen, wie das Geld verwaltet werde, und daher werde das vom letzten Kongreß beschlossene System mit der Zeit auch eine Erhöhung der Eingänge bewirken. Sprinzak fragt, wie sich eigentlich die Exekutive mit einem solchen Budget die Arbeit in Palästina vorstelle. Mit den ausgeworfenen Beträgen lasse sich überhaupt nichts Gescheites anfangen. Ben Gurion erklärt, daß die Exekutive nicht nur aus neuen Menschen besteht, sondern auch mit neuen Losungen ihr Amt angetreten habe, der Losung der Wirtschaftlichkeit und der Losung der Überwindung des Mißtrauens an das Werk in Palästina, aber der Glaube an unser Werk ist durch die neue Exekutive keineswegs gestärkt worden. Die Verhältnisse in Amerika bezeugen den Niedergang der Bewegung. Erst der Protest der jüdischen Welt und der Londoner Exekutive haben die Palästina-Exekutive von ihrem Vorhaben abgebracht, die Arbeitslosenfürsorge der Regierung zu überlassen. Der Plan der Arbeiter zur Behebung der Arbeitslosigkeit wurde von der Exekutive für phantastisch erklärt. Erfreulich ist, daß er trotzdem durchgeführt werden konnte. Die dauernden Behauptungen von der Unwirtschaftlichkeit des Arbeiterwerks und der Arbeiterinstitutionen haben in hohem Maße die Zerstörung der Organisation bewirkt. Rabalsky bemerkt, daß auch die amerikanische Judenheit eine wirtschaftliche Krise durchmache. Noch mehr als dies haben jedoch die ungünstigen Nachrichten aus Palästina auf den Rückgang der Eingänge eingewirkt. Die zahlreichen, unabhängig voneinander in Amerika durchgeführten Sammlungen für die verschiedensten Sonderzwecke in Palästina haben die Eingänge des United Palestine Appeal sehr beeinträchtigt. Nötig sei eine Erleichterung der Einwanderungsbestimmungen in Palästina, da diese Schwierigkeiten auf die Stimmung im Galuth außerordentlich ungünstig einwirken. Dr. Mossinsohn erklärt, daß in Palästina niemand mehr an diese Exekutive glaube. Die Exekutive habe die jüdische Autonomie nicht ge-

schützt. Er wendet sich dann gegen die Berufung eines Leiters des Waad Hachinuh aus Amerika. Wenn man mit der starken Hand stolziert, müsse man auch etwas schaffen. Man erklärte, daß bei Wahl dieser Exekutive die Mittel reichlicher zur Verfügung stehen würden, was sich keineswegs bewahrheitet hat. Neben aller Wirtschaftlichkeit müsse man auch etwas für die Seele haben und ein Programm, das hinreißt. Mereminski wendet sich in schärfsten Worten gegen die Exekutive. Sie hat nichts getan, um das Verbleiben der jüdischen Arbeiter in den Privatkolonien zu fördern. Es sei auch nichts geschehen, um eine Linderung der grausamen Einwanderungsbestimmungen herbeizuführen, die den Siedlern nicht gestatten, ihre nächsten Anverwandten nach Palästina zu bringen. Auch der Kongreßbeschluß über die Zuweisung von Geldmitteln für Hachscharahzwecke wurde nicht eingehalten. Dr. Ruppin gibt Großmann die gewünschte Aufklärung über die Vereinigung Brith Schalom, die keine Stellung zur Frage der Verfassung Palästinas genommen habe. Dies sei Sache der Zionistischen Organisation und des Waad Leumi.

Hiermit ist die Palästinadebatte geschlossen. Für die Exekutive antwortete Harry Sacher: Die zweitägige Diskussion habe gezeigt, wie das Versprechen der fair Chance gehalten wurde. Das ganze Wörterbuch wurde geplündert, um genügend Worte für die Anklagen zu finden. Um sagen zu können, daß jeder Erfolg gegen uns erreicht wurde, erhoben die Redner der Linken den Vorwurf, daß ich die Arbeitslosigkeit verlängern wollte. Kaum hatte ich den Boden Palästinas betreten, als sofort die Demonstrationen gegen mich einsetzten. Bei Behebung der Arbeitslosigkeit haben die Arbeiter viel mitgeholfen, aber diese benehmen sich in meinem Bürozimmer ganz anders als draußen, wo sie keinen Tag vorbeigehen lassen, ohne mich anzugreifen. Sie vergiften so ihre eigenen Leute und machen es unmöglich, gute Beziehungen mit den Jischuw zu haben. Man hatte erklärt, drei Monate Arbeit der neuen Exekutive würden zum Zusammenbruch führen und weil man die eigene Niederlage nicht zugeben will, mußte man die Legende schaffen, die Arbeitslosigkeit wäre gegen unseren Willen behoben worden. Aber Tatsache ist, daß eine Besserung erfolgt ist und auch weiter erfolgen wird. Wir rühmen uns keineswegs unserer Erfolge und wir kleben nicht an unseren Sesseln. Schaffen Sie im AK. eine Majorität und wir ziehen uns zurück.

Man wirft uns vor, wir hätten die Einwanderung, den Handel und die Industrie nicht gefördert. Ja, wurden uns denn hierfür die Mittel gegeben? Auch wenn das Kongreßbudget ganz aufgebraucht worden wäre, auch dann hätten die Mittel hierfür nicht gereicht. Wenn wir in der Frage der Jewish Agency weiter verhandeln sollen, dann dürfen Sie das Vertrauen in uns nicht dauernd untergraben. Wir behaupten keineswegs, daß das vorgeschlagene Budget befriedigend sei, sind aber der Ansicht, daß bei einem solchen Budget die vorgeschlagene Verteilung die beste ist. Haben Sie Courage und stürzen Sie die Exekutive, aber tun Sie nicht dasselbe wie bisher, nämlich die Exekutive auf ihrem Platz lassen und sie dann beschimpfen. Redner geht sodann auf die einzelnen vorgebrachten Beschwerden ein. Die Regierung hat jetzt ein Komitee zur Prüfung der Zollfragen eingesetzt. Auch gegen die Regierung soll man gerecht sein und zugeben, daß im letzten Jahre auf dem Gebiete des Handels und des Zollwesens eine bedeutende Besserung zu verzeichnen ist. Das Budget für Erziehungswesen wurde vom Kongreß so festgesetzt, und ich mußte mich darnach richten. Hilfe wurde uns fast von keiner Seite gewährt. Das AK. würde irren, wenn es glaubte, daß die hier gehaltenen Reden der Meinung des ganzen Jischuw entsprechen. Viele sind dort anderer Ansicht, aber diese sind nicht organisiert und kommen nicht ins AK. und zum Kongreß. Wieviel Böden uns im Beisan zur Verfügung stehen werden, ist noch nicht bestimmt. Die Regierung führt eine Landvermessung durch, die erst nach Jahren fertig sein wird, und erst dann werden wir in der Bodenfrage klarer sehen. Die Schwierigkeiten, die der Exekutive bereitet werden, kommen daher, weil sie einen Platz einnimmt, auf den andere Anspruch erheben. Wir haben nichts Heroisches geschaffen, aber unsere Pflicht voll erfüllt. Wir haben alles getan, um den Jischuw vor dem Albdruck der Arbeitslosigkeit zu befreien. Mag es mit uns oder gegen uns geschehen sein, jedenfalls ist es geschehen. Wenn Sie Mut haben, dann übernehmen Sie unseren Platz.

Am Donnerstag fielen mit Rücksicht auf Tischa b'Ab die Sitzungen aus. Auf der Sitzung von Freitag vormittag wurden organisatorische Fragen behandelt. Über das vorgeschlagene Kontrollamt referierte Rosenblüth. Es sei Meinung der Exekutive, daß es sich hierbei um ehrenamtliche Tätigkeit handeln solle. Laut dem Kongreßbeschluß geht es nicht nur um eine Sachkontrolle wie bei einem Rechnungshof, sondern auch um

eine Zweckkontrolle. Der Kontrolleur oder die Kontrolleure sind direkt dem Kongreß verantwortlich und vollständig unabhängig von der Exekutive und dem Aktions-Komitee. Exekutivgewalt komme allerdings dem Amt nicht zu, sondern es hat nur Bericht an die Exekutive, an das Aktions-Komitee und den Kongreß zu erstatten. Nach durchgeführter kurzer Diskussion geht die Frage an eine Kommission, wo über die Personalvorschläge berichtet werden soll. Sodann wird auf Grund eines Referates des Organisationssekretärs Dr. Lauterbach die von einer Redaktionskommission vorgenommene Textierung der gefaßten Kongreßbeschlüsse über Änderungen des Statuts vom Aktions-Komitee bestätigt.

Des weiteren gelangt die Frage der Sondersammlungen zur Behandlung. Der Referent Rosenblüth erklärt, ohne jede Polemik und Leidenschaft müsse in einer gemeinsamen Beratung Abhilfe geschaffen werden gegen die eingerissene Verwilderung. Der XVI. Kongreß werde diese Frage genau zu prüfen und zu regeln haben, wahrscheinlich im Wege der Zentralisation. Vorläufig müssen wir uns mit einer Koordinierung begnügen. Er erläutert die vorgeschlagenen Resolutionen, die vor allem den Primat der Zentralfonds feststellen und die Exekutive auffordern, dem kommenden Kongreß Vorschläge über eine umfassende und gründliche Regelung dieser Materie zu erstatten.

In der Debatte erklärt Supraski, es handle sich nicht um eine Einzelfrage, sondern um die ganze zionistische Konzeption. So wie bisher gehe es nicht weiter. Unser Budgetrecht werde so illusorisch gemacht, und unsere Beratungen verlieren dann ihren hauptsächlichsten Sinn. Wir müssen uns für zwei Zentralfonds aussprechen, die jedoch allen berechtigten Bedürfnissen gerecht werden. Leib Jaffe erklärt, daß das Keren-Hajessod-Direktorium mit den Vorschlägen der Exekutive einverstanden sei, wenn sie auch keineswegs den Wünschen des Keren Hajessod genügen. Die Sonderaktionen seien für den Keren Hajessod ruinös. Die Anerkennung der Priorität des Keren Hajessod bedeutet nichts anderes, als die Wahrung des Budgetrechtes des Kongresses. Dr. Goldstein weist darauf hin, wie diese Sondersammlungen die Arbeit der Keren-Hajessod-Delegierten, ganz besonders in den fernen Ländern, fast unmöglich machen. Wir erklären, daß wir mit unseren zentralen Fonds Palästina bauen, und man verstehe dies nicht, wenn andauernd Sondersammlungen veranstaltet werden. Farbstein meint, daß die ganze Debatte sich nicht auf den Misrachi beziehe, da dieser auf seinen Anteil am Budget verzichtet hat. Der Misrachi war stets loyal zu den Fonds und werde es auch weiter bleiben. Mereminski erklärt, man solle sich nicht so sehr gegen Sonderaktionen wenden, wie gegen die eigenmächtige Verteilung in den verschiedenen Ländern, so z. B. in Amerika. Alle, Arbeiter wie Misrachi, müssen überall bedingungslos für den Keren Hajessod arbeiten. Das heißt natürlich nicht, daß nicht alles getan werden soll, um der Unordnung abzuhelfen. Rabbi Berlin berichtigt einige Ungenauigkeiten betreffs des Misrachi, der von sich aus sich am United Palestine Appeal nicht beteiligen wollte. Der Keren Hajessod sollte ein Regierungsbudget sein, ist es aber leider nicht. Wenn erst der Weg gefunden wird, daß der Keren Hajessod auch die Bedürfnisse des Misrachi befriedigt, dann wird dieser auch keine Sondersammlungen veranstalten. Dr. Hantke erklärt, den Standpunkt aller Gruppen, die Interesse an Sondersammlungen haben, voll zu verstehen. Aber auch diese Gruppen verstehen voll unseren Standpunkt. Es wäre nicht so schlimm, wenn diese Sammlungen nicht so stark überhand genommen hätten. Wir müssen diese Frage gemeinsam ohne jede Spur von Mißtrauen behandeln. Alle Gruppen tragen heute die moralische Verantwortung, Mittel zu finden, um aus der jetzigen Finanzmisere herauszukommen. Schapiro behauptet, daß die Politik der Exekutive zur Schaffung der Sonderfonds geführt habe und bringt dafür einzelne Beispiele vor, die die Benachteiligung des Hapoel Hamisrachi illustrieren sollen. Großmann bestreitet, daß nur das Budget dem Kongreß einen Sinn gebe. Man müsse mit der Tatsache rechnen, daß unsere nationalen Fonds zurückgehen und die Sondersammlungen Erfolg haben. Wir sollten daher die Sonderfonds eine Zeitlang arbeiten und sich einen Apparat schaffen lassen und erst nach einigen Jahren die Frage der Verständigung behandeln. Einverstanden ist er, daß die Sondersammlungen nur im Einvernehmen mit der Exekutive und dem Keren Hajessod durchgeführt werden, allerdings nur bezüglich der Zeit der Durchführung und nicht der Frage der Durchführung selbst. Kaplansky erklärt, daß die vorgeschlagenen Resolutionen im Widerspruch zu den Kongreßbeschlüssen stehen. Alle geben zu, daß die Sondersammlungen Kreise erreichen, die dem Keren Hajessod nicht zugänglich sind, und auch Mittel schaffen für Dinge, die im Budget nicht bedacht sind. Goldbloom glaubt, daß, je mehr Fonds wir haben, desto mehr Gelder eingehen. Allerdings leide dadurch der Keren Hajessod. Entscheidend sei nur die Frage der Priorität. Harzfeld erklärt, daß die Zusammenstellung des Budgets geradezu zu Sondersammlungen zwinge. Man sei jetzt so weit, daß wir vielleicht auch für Kolonisationszwecke einen Sonderfonds werden schaffen müssen.

Rosenblüth konstatiert in seinem Schlußwort, daß der jetzige Zustand allgemein als unbefriedigend empfunden werde. Das Aktions-Komitee

müsse einstimmig die Priorität der zentralen Fonds aussprechen. Man müsse die Tendenz der Kongreßbeschlüsse in Betracht ziehen, denn von dieser hänge es ab, ob man die eingebrachten Resolutionen als konstitutionell zulässig betrachte. Der Kongreß wollte dem störenden Überhandnehmen der Sondersammlungen steuern und daher entsprechen die vorgeschlagenen Resolutionen der Tendenz des Kongreßbeschlusses. Entscheidend sei die Resolution, die die Priorität der Zentralfonds zum Ausdruck bringt. Die Vorschläge werden sodann einer eingesetzten Neunerkommission überwiesen.

Freitag nachmittags werden vorerst die weiteren Organisationsfragen behandelt. Auf Vorschlag der Exekutive wird eine Kommission gewählt, die gemeinsam mit der Exekutive eine Enquete veranstalten soll, um Fragen der zionistischen Organisation und Propaganda gründlich zu prüfen und eventuell zur Beratung dieser Probleme eine Konferenz einberufen soll. Des weiteren wird die Exekutive ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Präsidium des Aktions-Komitees Ort und Zeitpunkt des im Sommer 1929 fälligen XVI. Kongresses zu bestimmen; die Vorbereitungen sollen so früh wie möglich in Angriff genommen werden. Namens der Organisationskommission referiert Dr. Rufeisen über die angenommenen Resolutionen betreffend der Sondersammlungen, in denen vor allem bestimmt wird, daß die auf Geldaufbringung gerichteten Bemühungen der zionistischen Landes- und Sonderverbände in erster Reihe der Deckung des Palästina-Budgets der Zionistischen Organisation und der Sicherung der Einnahmen des Keren Kajemeth gewidmet sein müssen. Die für diese Zwecke gesammelten Gelder unterstehen der ausschließlichen Verfügungsgewalt der berufenen Zentralinstanzen. Sondersammlungen sind im Rahmen des Beschlusses des XV. Kongresses nur nach Anmeldung bei der Exekutive gestattet. Die Exekutive wird aufgefordert, dem XVI. Kongreß Vorschläge in bezug auf eine umfassende und gründliche Regelung dieser Materie zu erstatten.

Da die Agency-Kommission inzwischen ihre Beratungen abgeschlossen hat, wird nun unter großer Spannung bei überfülltem Saale zur Abstimmung über die von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen geschritten. Blumenfeld als Vorsitzender der Kommission liest die Kommissionsresolutionen vor und anschließend daran ergänzende Minoritätsvoten der Poale Zion und der Hitachduth, wie auch die Minderheitsanträge der Radikalen und der Revisionisten. Dr. Soloweitschik begründet den Minoritätsantrag der Radikalen, der die Agency vollständig ablehnt und der Exekutive das Mißtrauen ausspricht. Dieser Antrag wird als weitestgehender zuerst zur Abstimmung gebracht und mit allen gegen die 4 Stimmen der Radikalen und Revisionisten abgelehnt. Sodann begründet Lichtheim den Antrag der Revisionisten, der ebenfalls die Agency-Politik ablehnt und der mit 32 gegen 4 Stimmen abgelehnt wird. Locker begründet den Zusatzantrag der Poale Zion, der mit 26 gegen 13 Stimmen abgelehnt wird. Das von Kaplan vorgeschlagene Amendement der Hitachduth wird ebenfalls mit 24 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Mit Rücksicht auf die späte Stunde, es ist hart vor Sabbat, wird ein Antrag Grünbaums auf namentliche Abstimmung mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt, worauf die Mehrheitsanträge der Kommission en bloc mit 41 gegen 4 Stimmen zur Annahme gelangen.

(Den Wortlaut der Resolutionen siehe Seite 483.)

Die Sitzung wird in gehobener Stimmung um 7 Uhr geschlossen. Die nächste Sitzung des Aktions-Komitees findet Sonnabend abend statt.

Die letzte Sitzung des Aktions-Komitees wurde Montag 5.45 Uhr von Präsident Motzkin eröffnet und dauerte ohne jede Unterbrechung bis 2 Uhr nachts.

Zuerst gelangten die von der Palästina-Subkommission für Alijahfragen beantragten Resolutionen zur Behandlung. Für die Subkommission berichtete Suprasky. Eine längere Debatte entspinnt sich über die Zahl der von der Regierung für das nächste Halbjahr zu verlangenden Zertifikate.

Rosenblüth spricht sich für Überweisung der betreffenden Resolution an die Exekutive zur Erwägung aus, solange dafür im Budget keine Vorsorge getroffen ist.

Miss Szold weist darauf hin, daß die Exekutive in Palästina eine Kommission ernannt hat, die sich mit der Frage der Zertifikate eingehend beschäftigt hat. Man müsse die Sache sehr ernst behandeln, da sie große Verantwortung auferlege und auch finanzielle Verpflichtungen nach sich ziehe, für die im jetzigen Budget keine Vorsorge getroffen ist. So lange dies nicht der Fall ist, könne die Palästina-Exekutive bei Annahme des Beschlusses keine Verantwortung für dessen Ausführung übernehmen.

Mereminski erklärt es für unmöglich, daß die Exekutive, wie es heute der Fall ist, sich wegen jedes einzelnen Zertifikates erst an die Regierung wenden müsse. Die Vorschläge der Kommission sind auf Grund genauer Berechnungen, an denen auch die Exekutive mitbeteiligt war, festgesetzt worden. Nach Reden von Grünbaum, Harzfeld und einem Schlußwort von Supraski werden jene Resolutionen, die keinen budgetären Charakter tragen, angenommen, während über letztere erst nach Annahme des Budgets abgestimmt werden soll.

Nurock berichtet namens der politischen Kommission über die vorgeschlagene Wahl eines Mitglieds der Exekutive an Stelle des aus politischen Gründen zurückgetretenen Dr. Eder. Gemäß dem Vorschlag der politischen Kommission wird bei Stimmenthaltung der Revisionisten mit allen Stimmen Prof. Brodetski zum Mitglied der Exekutive in London gewählt.

Da nach dem Statut drei Direktoren des Keren Kajemeth turnusmäßig auszuscheiden haben — es sind dies die Herren Schocken, Berl Katznelson und Dr. Hantke — wird jetzt eine Neuwahl dreier Direktoren des KKL vorgenommen. Ussischkin schlägt namens des KKL-Direktoriums mit Zustimmung der Exekutive die Wiederwahl von Schocken und Berl Katznelson vor. Da nach allgemeiner Ansicht es nicht gut angängig sei, daß ein geschäftsführender Direktor des Keren Hajessod zugleich Direktor des KKL ist, soll an Stelle Dr. Hantkes Suchowietzki ins Direktorium des KKL gewählt werden. Die Vorschläge Ussischkins werden vom Aktions-Komitee einstimmig angenommen.

Zur Frage des Kontrollamtes wird jetzt über die früher zurückgestellte Frage, ob der Kontrolleur nur ehrenamtlich tätig sein soll, entschieden. Die Organisationskommission schlägt vor, mit Rücksicht darauf, daß es sich nur um eine provisorische Regelung handelt, die bis zum nächsten Kongreß gelt, zu beschließen, daß das Amt eines Kontrolleurs ein Ehrenamt ist und weder direkt noch indirekt honoriert werden soll. Da über die personellen Fragen noch nicht entschieden werden konnte, weil noch nicht genügende Voraussetzungen vorlagen, wird beschlossen, daß die Exekutive der nächsten Aktions-Komitee-Sitzung genaue Personalvorschläge unterbreiten soll. Bis dahin wird die Exekutive, wie sie erklärt, einzelne Personen mit verschiedenen Revisionen beauftragen.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung ist die Frage der nächsten Aktions-Komitee-Sitzung. Kaplansky spricht sich dafür aus, daß die Aktions-Komitee-Sitzungen tatsächlich alle sechs Monate stattfinden und davon sollte jeweils einmal im Jahre eine Sitzung in Palästina abgehalten werden. Großmann wendet sich dagegen, daß jetzt schon über den Ort bestimmt werden soll, und weist auch auf die allzu große Belastung der Mitglieder hin, wenn die Sitzungen häufiger vorkommen, ganz besonders in einem Kongreßjahr. Nach weiteren Ansprachen von Hellmann, Hindes, Rosenblüth und Motzkin wird der Antrag Kaplansky angenommen, wonach die nächste Sitzung des Aktions-Komitees im Frühling stattzufinden habe, und zwar in Palästina.

Nun gelangt die Frage des Palästina-Budgets zur Behandlung. Für die Kommission berichtet Dizengoff. Es liegen mehrere Anträge vor, von denen eigentlich keiner als wirklicher Majoritätsvorschlag bezeichnet werden kann. Dizengoff schlägt eine Erhöhung des Budgets um £ 50 000 vor, und zwar sollen die Eingänge des Keren Hajessod um £ 30 000 höher angesetzt werden, während der für Deckung des Defizits und der Keren-Hajessod-Verpflichtungen angesetzte Betrag um £ 20 000 ermäßigt werden soll.

Van Vriesland beantragt, den Vorschlag Dizengoff als sogenanntes Budget B. zu behandeln, das erst dann zur Ausführung gelangt, wenn die Mittel für das Budget A. voll aufgebracht sind.

Kaplansky erklärt, daß die gemeinsam mit dem Keren-Hajessod-Direktorium vorgenommene Schätzung der Eingänge auf Amerika nicht zutreffe, weil hier dem Keren-Hajessod-Direktorium keine genügenden Grundlagen vorlagen. Er glaubt, daß die Einnahmen aus Amerika mit £ 30 000 höher angesetzt werden können. Dagegen würde er eine Verminderung des für Dekkung des Defizits vorgesehenen Betrages um nur £ 12 000 vorschlagen, so daß das vorgelegte Budget um genau 10 Prozent erhöht würde.

Dizengoff wendet sich gegen den Vorschlag van Vrieslands, während Grünbaum nur eine Erhöhung der Einnahmen wünscht, dagegen eine Verminderung des für das Budget vorgesehenen Betrages ablehnt, weil dies die Gefahr in sich berge, daß in erster Linie die Lehrer die Leidtragenden werden.

Miss Szold gibt die Versicherung ab, daß auch im letzteren Falle die Lehrer keineswegs zu Schaden kommen werden. Sie bemerkt jedoch, daß sich bei keinem Posten des Defizits Möglichkeiten für die Zurückstellung von £ 20 000 bis später ergeben. Die Schätzung des Keren-Hajessod-Direktoriums im vorigen Jahre habe sich bis auf Amerika und Polen in allen Ländern als richtig erwiesen. Nur in Amerika und Polen wurden die angenommenen Beträge nicht erreicht wegen der in diesen Ländern herrschenden inneren Differenzen. Der Vorschlag Grünbaums, das Hadassah-Budget um 10 Prozent zu

kürzen und diesen Betrag Kolonisationszwecken zuzuweisen, bedeute für das Kolonisationswerk kaum einen Ziegel im Bau, aber eine Zerstörung des Hadassah-Werkes, das einen so plötzlichen Abstrich nicht vertrage. Auch das Schulwerk wird infolge der Plötzlichkeit der vorjährigen Streichung von £ 21 000 noch viele Jahre zu leiden haben. Auch die Hadassah habe ein Reorganisationsprogramm angenommen, und es werde sicher zu einem Abbau kommen, aber dieser müsse allmählich erfolgen. Es sei ein Anfang der Konsolidierung gemacht worden, und man solle jetzt nicht etwas beschließen, das die Opfer der letzten Jahre wieder nutzlos macht.

Nachdem Dizengoff dem Vorschlag Kaplanskys zugestimmt hat, wird der vereinigte Vorschlag Dizengoff-Kaplansky-Twersky, der eine Erhöhung des Budgets um £ 42 000 vorsieht, mit 18 gegen 8 Stimmen angenommen, wobei es der Exekutive überlassen bleibt, ob sie die zur Tilgung des Defizits vorgesehene Summe ermäßigen will oder bloß mit erhöhten Einnahmen rechnet. Für die Exekutive gibt van Vriesland folgende Erklärung zu Protokoll: „Die Exekutive spricht die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, durch die vereinigten Anstrengungen aller Mitglieder des Aktions-Komitees und aller Keren-Hajessod-Arbeiter im Zusammenwirken mit der Exekutive die Einnahmen zu erhöhen. Die Exekutive wird aber die vom Aktions-Komitee beschlossene Erhöhung des vorgeschlagenen Budgets nur insoweit ausführen, als die Einnahmen es ihr gestatten werden.

Nunmehr gelangt der Antrag wegen der Zahl der Zertifikate zur Abstimmung. Nachdem infolge Erhöhung des Budgets hierfür Mittel vorgesehen sind, wird der Antrag der Kommission bezüglich der Zahl der Zertifikate angenommen.

Es gelangen sodann zur Besprechung die Frage der Siedler des Hapoel Hamisrachi auf dem Boden Scheich Abreik und der Siedler des Haschomer Hazair B.

Damit ist die Tagesordnung des Aktions-Komitees erschöpft. Motzkin liest noch die eingelaufene Antwort auf das Begrüßungstelegramm an Lord Balfour vor und weist in seiner Schlußrede auf die schwere Arbeit hin, die vom Aktions-Komitee auf seiner jetzigen Sitzung vollbracht worden ist. Er freue sich, die Mitglieder des Aktions-Komitees bei der nächsten Sitzung in Palästina begrüßen zu können. Dizengoff spricht den Dank des Aktions-Komitees an Präsident Motzkin für seine umsichtige Geschäftsführung aus und dankt besonders Miss Szold für ihre unermüdliche Mitarbeit. Das Aktions-Komitee nimmt diese Erklärung mit großem Beifall auf und bereitet Miss Szold, die bis zur letzten Minute ausgeharrt hat, eine große Ovation.

Schluß der Sitzung: 2 Uhr nachts.

Lord Balfours 80. Geburtstag

London, 25. Juli. (JTA.) Das offizielle England und das englische Volk begehen heute den 80. Geburtstag Lord Balfours, der von 1902 bis 1905 englischer Premierminister war und, Jahrzehnte hindurch hohe staatliche Posten bekleidend, dem britischen Reiche unvergängliche Dienste geleistet hat. Von seinen Freunden im Parlament, dem er seit 34 Jahren angehört, wurde ihm ein Rolls-Royce-Auto zum Geschenk gemacht, wozu im Ober- und Unterhaus Sammlungen veranstaltet wurden. Lord Balfour ist zur Zeit damit beschäftigt, seine Memoiren zu schreiben. Das zweibändige Werk wird einen praktischen Überblick über ein halbes Jahrhundert politischen und öffentlichen Lebens, an dem er teilgenommen hat, enthalten und auf die großen politischen Ereignisse vergangener Jahre ein neues Licht werfen.

London, 25. Juli. (JTA.) Der Prinz von Wales präsidierte bei einem Frühstück, daß zu Ehren Lord Balfours aus Anlaß seines 80. Geburtstages von der British Academy gegeben wurde. Unter den Gästen waren der Erzbischof von Canterbury und Winston Churchill. Den Toast auf Balfour brachte der Prinz von Wales aus, der sagte, daß überall, wo man die britische Sprache spricht, mit großer Dankbarkeit Lord Balfours gedacht wird.

Die englische Zionistische Föderation hat Lord Balfour zu seinem 80. Geburtstag eine Glückwunschadresse übersandt, die von Lord Melchett, dem Präsidenten der Föderation, und den Ehrenbeamten unterzeichnet wurde.

London, 27. Juli. (JTA.) Der König und die Königin von England, sowie sämtliche Mitglieder der königlichen Familie haben als die ersten Lord Balfour zu seinem 80. Geburtstag gratuliert. Am Geburtstage liefen hunderte Telegramme aus allen Weltteilen im Hause Lord Balfours ein. Das britische Kabinett hielt in Anwesenheit Lord Balfours eine Sitzung ab, in der alle Minister Lord Balfour gratulierten und ihm eine Ovation bereiteten.

Das Exekutiv-Komitee des Jüdischen Nationalfonds sandte Lord Balfour zu seinem 80. Geburtstag ein Glückwunschtelegramm, in welchem dem Jubilar mitgeteilt wurde, daß die Aktion für Pflanzung eines Balfour-Waldes von 150 000 Bäumen in Palästina dank den Bemühungen des Balfour-Wald-Komitees unter der Präsidentschaft von Major H. L. Nathan glücklich beendet ist.

Lord Balfour erwiderte: „Ich bin hocherfreut, zu hören, daß der mit meinem Namen verbundene Aufforstungsplan Erfolg gehabt hat."

Der „Anglo Palestinian Club" beglückwünschte seinen Protektor, Lord Balfour, zu seinem 80. Geburtstage und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Lord Balfour „noch lange Zeit Zeuge des Fortschritts des Jüdischen Nationalheims in Palästina, mit welchem sein Name für ewig verbunden ist, sein werde".

Berlin, 25. Juli. (JTA.) Das Zionistische Aktions-Komitee, das gegenwärtig in Berlin seine Session abhält, hat an Lord Balfour nach London das folgende Huldigungstelegramm abgesandt:

Das Aktions-Komitee der Zionistischen Weltorganisation, das gegenwärtig in Berlin versammelt ist, gedenkt der vor 6 Jahren stattgefundenen Ratifizierung des Palästina-Mandates, das ihre historische Deklaration zum Ausdruck bringt, und zollt Ihnen den Tribut dankbarer Ehrerbietung und von Herzen kommender Beglückwünschung zu Ihrem 80. Geburtstag. Das Aktions-Komitee drückt die Hoffnung aus, daß es Ihnen noch viele Jahre vergönnt sein möge, Zeuge des Fortschrittes und des stetigen Wachstums des jüdischen Nationalheims zu sein.

Berlin, 25. Juli. (JTA.) Der Präsident der Zionistischen Weltexekutive, Nahum Sokolow, widmet in der „Jüdischen Rundschau" Lord Balfour zu seinem 80. Geburtstag einen Huldigungsartikel, in welchem er u. a. sagt: „... Viel, viel tiefer noch als in die Tafeln der Geschichte seines vaterländischen Weltreichs hat Balfour für ewige Zeiten seinen Namen in die Tafeln unserer Geschichte, der Geschichte des Zionismus, der Geschichte des jüdischen Volkes eingeprägt. Er hat uns als erster nach dem zweitausendjährigen Unrecht die Versöhnungshand hingestreckt, als erster uns, nicht in einer Anwandlung von Toleranz, sondern mit einem tiefen Verständnis für die geistigen, souveränen Rechte der jüdischen Nation, wie ein liebender Gönner und Beschützer, zu gemeinsamer Arbeit im Dienste der Menschheit aufgefordert. .... Wir huldigen Balfour nicht wie Ghetto-Juden einem ihrer Wohltäter oder wie Emanzipationsjuden einem menschenfreundlichen Andergläubigen zujubeln..... Wir huldigen ihm — als Zionisten einem Zionisten."

Aus der jüdischen Welt

Reichsverband, Preußischer Landesverband und Berliner Gemeinde auf der Welttagung des liberalen Judentums vertreten

Berlin, 26. Juli. (JTA.) Die „World Union for Progressive Judaism" (Weltverband für religiös-liberales Judentum) hat durch ihre deutsche Landesorganisation, die „Vereinigung für das liberale Judentum e. V.", einer großen Anzahl deutscher jüdischer Organisationen Einladungen zur Teilnahme übermitteln lassen. Die meisten Organisationen haben ihre offiziellen Vertreter bereits namhaft gemacht. Die Gemeindeorganisationen werden wie folgt vertreten sein: Reichsverband (Arbeitsgemeinschaft der jüdischen Landesverbände Deutschlands) und Preußischer Landesverband jüdischer Gemeinden durch Herrn Kammergerichtsrat Leo Wolff; Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Berlin durch die Herren Kommerzienrat Gerson Simon, Kammergerichtsrat Leo Wolff und Direktor Kleemann. Als Vertreter der Berliner Repräsentantenversammlung werden Herr Geh. San.-Rat Dr. Julius Stern und Frau Dr. Ernestine Eschelbacher erscheinen.

Der Hilfsverein der deutschen Juden auf internationalen Wohlfahrtskongressen

Berlin, 27. Juli. (JTA.) Der Hilfsverein der deutschen Juden war auf zwei Kongressen vertreten, die während der Internationalen sozialen Doppelwoche vom 1. bis 13. Juli in Paris tagten: der Internationalen Konferenz für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik und dem Internationalen Kongreß für öffentliche und private Fürsorge. Vertreter des Hilfsvereins auf diesen Kongressen war sein Generalsekretär, Herr Dr. M. Wischnitzer. Der Zusammenkunft, die in Paris am 11. Juli zwischen den jüdischen Teilnehmern an den Sozialen Kongressen der Internationalen Doppelwoche in den Räumlichkeiten der Jewish Colonisation Association (JCA) stattfand, wohnte Herr Dr. Wischnitzer gleichfalls bei. Außerdem hatte er weitere Besprechungen über Emigrationsangelegenheiten mit Vertretern der HJCEM (HIAS-JCA-EMIGDIRECT) und dem Pariser Komitee für Auswandererschutz.

Herr Dr. Wischnitzer nahm in Paris auch Veranlassung, eine Anzahl führender jüdischer Persönlichkeiten über die Bestimmung des Dr.-Paul-Nathan-Fonds zu informieren, der beim Hilfsverein der deutschen Juden gebildet worden ist.

Deutschlands Turner ehren die jüdischen Gefallenen

Köln, 27. Juli. (JTA.) Aus Anlaß des deutschen Turnfestes wurden in Köln von der Deutschen Turnerschaft am Denkmal der jüdischen Gefallenen, Synagoge Roonstraße, durch den 1. Vorsitzenden des Hauptausschusses, Stadtverordneten B. Gödde, in Gegenwart des Gemeinderabbiners Dr. Rosenthal, der Kameraden des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, einiger Vertreter der Kölner Synagogengemeinde und des Jüdischen Turnvereins Kränze niedergelegt.

Nach einem kurzen Gebet des Rabbiners Dr. Rosenthal richtete im Auftrag der Jüdischen Gemeinde Köln Justizrat Dr. Bodenheimer einige Worte an die Anwesenden und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Turnerschaft durch ihre Unparteilichkeit dazu beitragen möge, daß Klassen- und Rassenhaß verschwinde und Einigkeit alle deutschen Volksgenossen verbinde.

Vereitelte Friedhofsschändung in Köln

Köln, 27. Juli. (JTA.) In der vorigen Woche hat ein Beamter der Wach- und Schließgesellschaft eine Rotte junger Burschen gestellt, die die Mauer des jüdischen Friedhofes in Köln-Ehrenfeld übersteigen wollten. Es kam zu einem Handgemenge, wobei der Wächter von seiner Schlagwaffe Gebrauch machen mußte. Erst als er mit der Schußwaffe drohte, ließen die Burschen von ihm ab und ergriffen unerkannt die Flucht. Nach den Aussagen des Beamten waren die Burschen mit Hakenkreu-

zen geschmückt und hatten sich zum Teil mit Handwerkszeug gut versehen.

Bekanntlich wurde vor einiger Zeit der Friedhof in Köln-Deckstein zum Teil verwüstet, ohne daß es bis jetzt gelang, der Täter habhaft zu werden.

Vor wenigen Tagen erst wurde an der vor kurzem erbauten kleinen Tempelhalle auf dem alten jüdischen Friedhof am Bonner Tor in Köln das „Mogen Dovid" abgeschlagen. Auch von diesen Tätern fehlt jede Spur.

Aufruf zur Gefallenenstatistik

Berlin, 29. Juli. (JTA.) Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten veröffentlicht den folgenden Aufruf:

An unsere Kameraden und Freunde, besonders auch an die anderen jüdischen Organisationen, wenden wir uns mit der Bitte, uns in der Sammlung der noch fehlenden Unterlagen für unsere im Weltkriege gefallenen jüdischen Kameraden gütigst zu unterstützen. Besonders für das Gebiet der Stadt und Provinz Posen, desgleichen auch für Hamburg, ist die Beschaffung der Unterlagen erforderlich, weil für diese Gebiete das Material nur ganz unvollständig, bzw. gar nicht vorhanden ist.

Wir benötigen folgende Angaben: Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Geburtsort, Beruf, letzter Wohnsitz, Datum des Einziehungstages, gefallen am, gefallen wo, oder vermißt seit, oder an Kriegsfolgen verstorben am, Regiment.

Herzl-Gedenkfeier in Berlin — Redner: Leo Motzkin, Kurt Blumenfeld, Nahum Sokolow, Chaim Weizmann, Alfred Klee

Berlin, 24. Juli. (JTA.) Am Montag, dem 23. Juli, abends, fand im Bach-Saal zu Berlin eine von der Berliner Zionistischen Vereinigung und dem Keren Kajemeth veranstaltete und vom Aktionskomitee gemäß einer Erklärung Leo Motzkins zu ihrer Veranstaltung gemachte Theodor-Herzl-Gedenkfeier aus Anlaß der 24. Wiederkehr des Todestages des Begründers der modernen zionistischen Bewegung statt. Im überfüllten Saale herrschte weihevolle Stimmung. Auf dem mit dem Herzlbild und viel Grün geschmückten Podium hatten Mitglieder des AC Platz genommen. Vertreter der jüdischen Gemeinde und der Rabbinerschaft mit Dr. Leo Baeck an der Spitze waren erschienen.

Nach einem von Oberkantor Gollanin vorgetragenen „El Mole" eröffnete der Präsident des des AC, Dr. Leo Motzkin, die Kundgebung mit einer Ansprache, in der er sagte: Am Todestage Herzls haben seine Freunde gelobt, sein Werk in seinem Geiste fortzuführen. Seitdem hat die Bewegung schwere und glückliche Tage erlebt, Niederlagen und Erfolge wechselten ab, aber immer hat die Erinnerung an Herzl den Mut und die Zuversicht, trotz allem durchzuhalten, gestärkt.

Der Präsident der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, Herr Kurt Blumenfeld, führte aus: Es war einmal eine Zeit, wo Herzl in Deutschland keine Stadt gefunden hat, um den Kongreß abzuhalten. Noch verstand man nicht den Mann, der dem jüdischen Menschen das Persönlichkeitsgefühl wiedergab, der als erster aufstand und sagte: Wir Volk, wir nehmen unser Geschick in die eigene Hand. Herzl trat nicht allein als Erneuerer des Judentums, sondern als Reformer des Lebens auf. Unter seiner Führung trat die jüdische Jugend in das Risiko ein, das Leben heißt.

Nahum Sokolow gab eine Apotheose Theodor Herzls, des großen Führers, der Ewigkeitswerte gab und dessen Andenken ewig dauern wird. Aber das Gedenken an Herzl verpflichtet zu Leistungen. Herzl lebt in seinem Werke fort. In diesem Sinne gilt das Wort: „Herzl melech jisrael chaj wekajom!"

Der Präsident der Zionistischen Welt-Organisation, Dr. Chaim Weizmann, sagte: Wir stehen mitten in der Arbeit, um Herzls Werk zu verwirklichen. Er hat uns ein schweres, aber hehres Erbe hinterlassen. Der Weg ist lang, die Arbeit schwer, die Hindernisse häufen sich, aber die lebendige Kraft, die Herzl entfesselt hat, wirkt fort. Wir sind einen Schritt vorwärts gekommen auf dem Wege zur Verwirklichung des Baseler Kongresses.

Dr. Alfred Klee erinnerte an den ersten Besuch Herzls in Berlin, wo er ein kleines Häuflein Begeisterter vorfand. Heute ist seine Idee lebendig in der Gemeinde, in der Rabbinerschaft. Viel wurde erreicht, aber doch noch nicht alles: Das ganze Volk muß es sein!

Die Zuhörer empfingen die zionistischen Persönlichkeiten mit Begeisterung und zollten ihren Ausführungen reichen Beifall.

Jüdische Teilnehmer auf der Olympiade zu Amsterdam

Amsterdam, 24. Juli. (JTA.) Bei diesjährigen Hauptkämpfen in Amsterdam, die vom 28. Juli bis 12. August dauern werden, haben sich nur wenige jüdische Teilnehmer zum Kampf stellen können. In der deutschen Mannschaft befindet sich überhaupt kein Jude; bei den österreichischen Schwimmern finden wir von der Hakoah (Wien) die österreichische Freistil-Meisterin über 100 und 400 Meter, Fritzi Löwy, und die Meisterin im Brustschwimmen über 100 Meter, Hedi Bienenfeld. Gute Plätze, wenn nicht gar Siegerplätze, scheinen diesen Olympioniken — wie allgemein angenommen wird —, die nötige Nervenkraft vorausgesetzt, sicher. Vor allem aber ist der Finne Elias Katz zu nennen, der im 3000-Meter-Hindernislaufen startet, hier allerdings auf die Gegnerschaft seines Landsmannes Nurmi trifft. Katz kehrt übrigens nach der Olympiade wieder für immer nach Deutschland zurück.

Kein Boden mehr für jüdische Kolonien in der Ukraine

Moskau, 17. Juli. (JTA.) Seitens des ukrainischen Komzet (Regierungskommission für jüdische Landansiedlung) wurde dem JTA-Vertreter auf seine Anfrage mitgeteilt, daß die Mitteilung der Charkower ukrainischen Zeitung „Vesti", wonach in der Ukraine kein freier Boden zur Einrichtung weiterer jüdischer Kolonien mehr zur Verfügung gestelt werden kann, und daß von jetzt ab neue jüdische Kolonisten nur einzeln in ukrainischen Dörfern werden angesiedelt werden können, mit den Tatsachen übereinstimmt. Eine geschlossene jüdische Kolonisation, wurde hinzugefügt, wird von jetzt ab nur noch im Rayon Biro-Bidschan in Fern-Sibirien möglich sein.

Die Sowjetregierung bewilligt viereinhalb Millionen Rubel für jüdische Kolonisation im Jahre 1929

Moskau, 29. Juli. (JTA.) Die Sowjetregierung hat — wie heute in einer Sitzung von Komzet mitgeteilt worden ist — viereinhalb Millionen Rubel aus staatlichen Fonds zu Zwecken der jüdischen Kolonisation im Jahre 1929 bewilligt. Komzet beschloß in der gleichen Sitzung, im Jahre 1929 statt 10 000 nur 8000 jüdische Familien auf dem Lande anzusiedeln. Bei einer Ansiedlung von — wie im ursprünglichen Plane vorgesehen — 10 000 Familien hätte die Sowjetregierung 15 Millionen Rubel ausgeben müssen, da die ausländischen jüdischen Organisationen „Agro-Joint", „JCA" und „ORT" zu dieser Summe nur vier Millionen beigesteuert hätten. Bei der Ansiedlung von nur 8000 Familien verteilen sich die Ausgaben so, daß die Regierung nur viereinhalb Millionen Rubel ausgibt.

Im Jahre 1929 werden allein in Weißrußland 1000 jüdische Familien auf dem Lande angesiedelt werden. Komzet hat zur Urbarmachung von 1000 Hektar Boden Boden zur Verteilung an diese Familien den Betrag von 157 000 Rubel bewilligt.

In der gleichen Sitzung beschloß Komzet, im Jahre 1929 in Biro-Bidschan 3000 jüdische Fami- 2300, in der Ukraine 2500, in Kaukasien 900, inslien, unter ihnen 500 Handwerker, in der Krim gesamt also — wie oben mitgeteilt — 8000 jüdische Familien auf dem Lande anzusiedeln.

Im Frühherbst dieses Jahres begeben sich etwa 1000 jüdische Neusiedler nach Biro-Bidschan, wo sie sich im Verlauf des Winters ausschließlich mit Forstarbeit beschäftigen werden.

Louis Marshall beruft im Frühherbst dieses Jahres eine Konferenz von Nichtzionisten für Arbeit in Palästina ein

Neuyork, 19. Juli. (JTA.) Herr Louis Marshall, der Präsident des American Jewish Committee, der an der Londoner Konferenz der Joint Palestine Survey Commission teilnahm, erklärte nach seiner soeben erfolgten Rückkehr nach Neuyork dem Vertreter der Jüdischen Telegraphen-Agentur, daß der Bericht der Jewish-Agency-Kommission, der auf Grund der Darlegungen unparteiischer Experten abgefaßt worden war, eine wirtschaftlich gut fundierte Plattform für den Aufbau Palästinas geschaffen hat. Es werden, fügte er hinzu, ungesäumt Schritte unternommen werden, um die Nichtzionisten zur Mitarbeit an dem Palästinawerk heranzuziehen. Ich hoffe, sagte Louis Marshall weiter, schon für den Frühherbst eine Konferenz von Nichtzionisten einzuberufen, um ihnen die Ergebnisse der Expertenberichte und die Schlußfolgerungen der Joint Palestine Survey Commission vorzulegen. Unter den Mitgliedern dieser Kommission herrschte bei der Abfassung und Annahme des Berichtes völlige Einigkeit. Sollte diesen Vorschlägen gemäß verfahren werden, so hoffen wir, das Problem des jüdischen Aufbaus in Palästina lösen zu können. Der in dem Bericht entworfene Plan schafft eine Basis zur Unterbringung einer in den Verhältnissen bedingten Zahl weiterer jüdischer Siedler in Palästina. Hinsichtlich des bevorstehenden Feldzuges für Palästinafonds stellte Herr Marshall fest, daß die Aufbringung der Gelder zur Deckung des gegenwärtigen zionistischen Budgets in diesem Jahre noch Sache der Zionisten bleiben müsse.

Im Verlauf des Gespräches äußerte sich Marshall auch über den Plan der Schaffung eines Lehrstuhls für Jiddisch an der Hebräischen Universität zu Jerusalem und sagte, er habe die Angelegenheit während seines Aufenthaltes in London mit dem Kanzler der Universität, Dr. J. L. Magnes, erörtert. Für einen Lehrstuhl für Jiddisch ist an der Hebräischen Universität durchaus Platz. Ich selbst, schloß Marshall, halte einen Lehrstuhl für Jiddisch für wünschenswert und bin überzeugt, daß die Anregung zur Errichtung eines solchen Lehrstuhl in jüdischen Gelehrtenkreisen Beifall finden wird.

Die Sozialistische Internationale und das jüdische Palästina

Paris, 29. Juli. (JTA.) Bekanntlich hatte sich während der Anwesenheit Emile Vanderveldes in Berlin auf Initiative des Verbandsbüros der zionistisch-sozialistischen Partei Poale Zion ein Komitee aus führenden sozialistischen Persönlichkeiten gebildet, welches die Aufgabe übernommen hat, im Rahmen der im August in Brüssel stattfindenden Internationalen Sozialistischen Konferenz eine große Beratung über das Arbeiterwerk in Palästina abzuhalten. Dem vorbereitenden Komitee gehören der Führer der französischen Sozialisten Leon Blum, der Nestor der deutschen Arbeiterbewegung Eduard Bernstein, der frühere englische Arbeiterminister Arthur Henderson und der belgische Arbeiterführer und frühere Minister Emile Vandervelde an. Einladungen zur Teilnahme an der sozialistischen Palästinakonferenz ergingen an etwa 100 führende Persönlichkeiten der sozialistischen Bewegung in verschiedenen Ländern, u. a. auch an Georges Lansbury, Commander Kenworthy, Colonel Wedgwood, Reichstagspräsident Löbe, den polnischen sozialistischen Führer Daszinsky, den französischen sozialistischen Deputierten Renaudel. Vorgesehen ist die Bildung eines ständigen Ausschusses aus 10 Personen, der die Beschlüsse der Konferenz auszuführen haben wird. Diese Beschlüsse werden sich nach dem Wunsche der Initiatoren in der Richtung der Unterstützung des jüdischen Arbeiterwerks im jüdischen Nationalheim in Palästina und dessen Förderung auf internationalem Boden zu bewegen haben.

Bekanntlich hat Emile Vandervelde in einer in Berlin abgehaltenen sozialistischen Beratung erklärt, daß der Aufbau des jüdischen Nationalheims in seinen geplanten Formen ein Positivum für den sozialistischen Gedanken bedeute.

Tschechoslowakische Lehrer als Gäste des hebräischen Lehrerverbandes in Palästina

Jerusalem, 21. Juli. (JTA.) Der Verband hebräischer Lehrer in Palästina gab zu Ehren der in Palästina zu Besuch weilenden 31 Lehrer aus der Tschechoslowakei ein Bankett. Es sprachen Vertreter jüdischer Institutionen, die die Gäste in Palästina willkommen hießen. Der tschechoslowakische Konsul betonte in seiner Antwortrede, daß die Tschechoslowakei die jüdische Arbeit in Palästina mit warmer Sympathie verfolge. Namens der tschechoslowakischen Lehrer gab Prof. Peterbok der Bewunderung für das jüdische Kolonisationswerk Ausdruck.

Literarische Beilage

Die Pharisäer

Von Travers Herford

Der englische Theologe Travers Herford hat schon vor etwa 15 Jahren eine wertvolle Arbeit über die Pharisäer erscheinen lassen. Es ist sehr selten, daß ein christlicher Geistlicher sich von der parteiischen Darstellung im Neuen Testament freimacht, durch die die Bezeichnung „Pharisäer" fast gleichbedeutend mit „Heuchler" geworden ist. Für die Erkenntnis des Urchristentums und seiner Vorgeschichte ist die Kenntnis des Pharisäertums geradezu ein Angelpunkt, und es ist heute nur noch eine Frage der Zeit, wenn — wenigstens die liberale christliche Theologie — den jüdischen Voraussetzungen stärkere Gerechtigkeit widerfahren läßt, als bisher geschehen.
rst.

Daß der Pharisaismus als ein Element in der religiösen Entwicklung der Menschheit eine Bedeutung hatte, wird von keinem geleugnet. Denn wenn das Judentum eine Vorbereitung auf das Christentum war, wie es allgemein angenommen wird, dann hing diese Vorbereitung größtenteils, wenn nicht gänzlich, vom Pharisaismus ab. Zwar verwarf das Christentum gerade das, was für die Pharisäer besonders charakteristisch war, nämlich die Halacha, und äußerte seine Mißbilligung über die Pharisäer und ihre Wege in Ausdrücken von auffallender Schärfe. Das Christentum verdankte dem apokalyptischen Typ des Judentums viel mehr als dem pharisäischen, soweit es sich um unmittelbaren Einfluß handelte. Aber die Pharisäer waren es, die die Synagoge entwickelt haben, und es ist außer Frage, daß das Christentum der Synagoge als einer Institution, durch die die Religion in der Richtung persönlicher Frömmigkeit, ohne Priester und Ritual, gefördert wurde, sehr viel verdankte. Und ebenso waren es die Pharisäer oder genauer die Schriftgelehrten, die die hebräische Bibel gesammelt und geordnet haben, ohne die dem Christentum das Hauptmittel gefehlt hätte, um der heidnischen Welt die Wahrheit seiner Botschaft zu beweisen. Und die allgemeine ethische Lehre, die vom Christentum übernommen wurde, war ganz gewiß, wenn auch nicht ausschließlich, pharisäisch. Das Judentum, aus dem das Christentum herauswuchs, war keineswegs ganz und gar pharisäisch; das Christentum wurde zweifellos von all den verschiedenen Typen des Judentums, die es vorfand, beeinflußt. Aber dennoch war der Pharisaismus der einzige, der am meisten selbsterhaltende Lebenskraft besaß, und der daher den stärksten direkten und indirekten Einfluß auf das Christentum ausüben konnte. Es war ein lebendiges Judentum, aus welchem das Christentum hervorging, und sein Leben pulsierte am stärksten im Pharisaismus.

Wenn nun die Bedeutung des Pharisaismus wirklich nur darin bestanden hätte, das Judentum befähigt zu haben, den Weg für das Christentum vorzubereiten, dann würde notwendigerweise folgen, daß der Pharisaismus mit dem Auftreten des Christentums verschwinden oder doch wenigstens seine Lebenskraft und seinen Wert als Religion einbüßen mußte. Das ist nun auch tatsächlich die übliche christliche Ansicht, und vom christlichen Standpunkt aus ist eine solche Ansicht sehr natürlich. Paulus versuchte, wie wir gesehen haben, die Tatsache der fortdauernden Existenz des Judentums durch seine Theorie zu erklären, nach der Israel mit Blindheit geschlagen war, die dauern wird, „bis die Fülle der Heiden eingegangen sein wird".[1] Schließlich konnte selbst Paulus nicht ganz vergessen, was er in bezug auf die Religion, die einst seine eigene gewesen war, gefühlt und geglaubt hatte und in bezug auf das Volk, dem er einst angehört hatte. Aber die Kirche nahm seine Ansicht nicht an, und statt dessen vertrat sie den Standpunkt, daß die Stunde des Judentums geschlagen habe und sein Erbe nun einem andern übergeben worden sei. Christus habe die Autorität des Gesetzes für nichtig erklärt, und diejenigen, die noch immer dem Gesetze anhängen, würden sich nur an ein Phantom klammern. Die Juden hätten Christus verworfen, und das bedeutete ihr Ende. Der Verlust ihres Tempels und die Vernichtung ihres Landes seien die deutlichen Zeichen, daß Gott mit ihnen abgerechnet hätte.

Diese ganze Theorie stellt sich entschieden als falsch heraus, und zwar auf Grund der unleugbaren Tatsache, daß das Judentum und genauer der Pharisaismus weder damals noch je seitdem untergegangen ist. Ja, und was noch mehr ist, das Aufkommen des Christentums schwächte nicht einmal seine Lebenskraft und beeinträchtigte keineswegs seinen Wert in den Augen seiner Anhänger. Durch die furchtbaren Leiden, die sie infolge der zwei großen Kriege, gegen Vespasian und gegen Hadrian, trafen, wurde der Glaube und die Geduld des jüdischen Volkes auf die äußerste Probe gestellt. Aber das entmutigte sie nicht, noch kam ihnen irgendein Zweifel in bezug auf den Wert jener Religion, die ja ihnen half, in den schlechten Tagen auszuhalten. Ein solcher Zweifel fand zwar in IV. Esra seinen Ausdruck und vielleicht auch in anderen Lagern an der Peripherie des Pharisaismus. Aber daß dies nicht die wahre Stimmung der Pharisäer war, beweist die Tatsache, daß nach der hadrianischen Verfolgung die Rabinen ihre alte Aufgabe der Erhaltung und Entwicklung des religiösen Lebens ihres Volkes mit unvermindertem Glauben an diese Aufgabe wieder aufnahmen und mit Vertrauen auf Gott, der sie ihnen zugewiesen hatte. Von dieser Zeit an wurden die Juden zum größten Teil ein Volk mit einer Last trauriger Erinnerungen, aber sie waren auch ein Volk mit unvergänglichen Hoffnungen und mit einem unüberwindlichen Glauben. Und sie blieben dies weiter bis auf den heutigen Tag, trotz allem, was Christen taten, um sie zu bekehren, zu unterdrücken oder zu verachten. Im ganzen Verlauf der christlichen Geschichte spielen die Juden eine Rolle als unwillkommene Eindringlinge, als ein widerspenstiger Faktor, der allen Versuchen, ihn in das kirchliche Einheitsschema zu bringen, Widerstand entgegensetzte, als die hartnäckigen Andersdenkenden, als die Zeugen davon, daß es noch eine andere Seite an dem gab, was die Kirche schon als eine chose jugée angesehen wissen wollte. Sie lebten aber weiter, ob die

[1] Röm. 11, 25.

Die Ferien

bringen auch Ärger, wenn die Kinder zu Hause sitzen und nichts zu tun und nichts zu lesen haben. Abonnieren Sie doch das „Zelt“ bei Ihrem Briefträger; es vertreibt den Kindern die Zeit und macht ihnen große Freude.

Kirche es wollte oder nicht, und zwar deshalb, weil ihre Religion für sie so wahr, so wirklich und so lebendig war, wie sie es nur sein konnte. Weder Christus noch Paulus, noch irgendeiner sonst hatte sie aufgehoben oder zerstört, was immer auch Christen sagen mochten. Und so ist es geblieben.

Es kann deshalb die gewöhnliche Antwort, daß das Judentum die Vorbereitung auf das Christentum war, und daß seine Aufgabe mit dem Erscheinen Christi erfüllt war, nicht anerkannt werden, jedenfalls nicht in dem Sinne, wie es gewöhnlich verstanden wird. Das Judentum, das rabbinische Judentum ist ebenso tief in den Herzen und Seelen seiner Anhänger verwurzelt wie das Christentum bei den Christen. Und das ist der einzige unparteiische Maßstab, der angelegt werden kann. Bloße Behauptungen der einen Partei gegen die andere können nicht viel ausrichten. Die Leugnung der Gültigkeit des Judentums von christlicher Seite beruht nur auf christlichen Voraussetzungen und ist als ein absolutes Urteil wertlos. Juden haben nie die Gültigkeit der christlichen Religion geleugnet oder zu leugnen versucht.[2]

Jedoch die Ansicht, daß das Judentum eine Vorbereitung auf das Christentum war, kann noch anders als in dem gewöhnlichen Sinne verstanden werden. Und zwar so, daß sowohl das Christentum wie das Judentum, das mit ihm Schritt gehalten hat, als zwei Teile in einem größeren Ganzen betrachtet werden, von denen jeder einen notwendigen Platz inne hat und keiner der Nebenbuhler des anderen ist, noch die Verdrängung des anderen fordert.

Bücher und Zeitschriften

Das Juniheft der Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums enthält eine Reihe wichtiger Aufsätze zur Bibelwissenschaft. In durchaus gemeinverständlicher Weise berichtet Privatdozent Dr. Zoller, Oberrabiner in Triest, über Ausgrabungen in Syrien und Palästina. H. M. Wiener sucht neue Wege zur Lösung der Schwierigkeiten in der Thora, die der neueren Bibelkritik den Anlaß zu ihrer Quellenscheidung gegeben haben. Den Aufsätzen der früheren Hefte über die Geschichte der Juden in Bremen und in Aurich schließt sich eine interessante Skizze des Rabbiners Dr. Posner über die Juden in Kiel an. S. J. Schulsohn gibt lehrreiche Einblicke in die Geschichte der österreichischen Juden, insbesondere in der Bukowina, nach dem Erlaß der Toleranzverordnung Josefs II.; er konnte dabei noch Akten benutzen, die 1927 beim Brand des Wiener Justizpalastes untergegangen sind.

---

[2] Über jüdische Ansichten, das Christentum betreffend, vgl. Jewish Encyklopädia IV, S. 56—57 und die dort gegebenen Hinweise. Die Stelle in Maimonides Hilchoth Melachim 11, 4 muß in einem unzensierten Text gelesen werden. Das Exemplar der Editio princeps, Soncino 1490 im British Museum bringt die Stelle, aber sehr stark zensiert und teils entstellt.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Bar Kochba, München. Wegen schlechten Wetters mußten das Training und das Übungswettspiel ausfallen. Letzteres findet nunmehr an diesem Sonntag vormittag 9.30 Uhr auf dem Sportplatz an der Säbener Straße statt, und zwar spielt die erste Mannschaft gegen die zweite. Wir erwarten sämtliche Spieler bestimmt und pünktlich auf dem Platze. Am Sonntag, dem 12. August, tragen wir bereits unser erstes Verbandsspiel gegen den Deutschen Sportverein II aus.

Am Sonntag, dem 9. September, veranstalten wir ein großes Sportfest, in dessen Mittelpunkt das Handballwettspiel gegen den Bar Kochba Nürnberg steht. Daneben findet voraussichtlich noch ein Leichtathletikvereinszweikampf mit dem Bar Kochba Nürnberg statt, an dem Herren, Damen, Jugend und auch Alte Herren beteiligt sein werden. Die nähere Ausschreibung erfolgt im nächsten „Echo“.

Im Hinblick auf dieses Sportfest erwarten wir die Aktiven sämtlicher Abteilungen pünktlich und regelmäßig beim Training. Die Trainingszeiten sind für die Herren Dienstag abend ab 7 Uhr (Leichtathletik) und Donnerstag abend ab 7 Uhr (Handball); für Damen Donnerstag abend ab 7 Uhr; für Jugend Dienstag und Donnerstag abend ab 6 Uhr. Am Sonntag vormittag ab 9.30 Uhr findet allgemeines Training für sämtliche Abteilungen statt. Die Leitung.

Spenden-Ausweis

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 31. Juli 1928

Spendenbuch: Herr und Frau S. Aal anl. Konfirmation ihrer Tochter RM. 10.—; Herr und Frau Apotheker Rieser anl. Barmizwah ihres Sohnes 10.—; Herr Max Rosenheim anl. seines 70. Geburtstages 5.—.

Bäume für Dr. Davig Grünbaum s. A. Garten: Herr Dr. Hermann Geßner anl. 80. Geburtstags seines Vaters 2 Bäume RM. 12.—.

Büchsen: durch Betty Wolinsky: (Ida Dormitzer RM. 9.72; Justin Heßdörfer 7.53; S. Frank 4.71; Dr. Obermeyer 5.05; Sigm. Hirsch 3.—; Bravmann 1.50; Bärtig —.50; Adolf Bieringer —.13) = 32.14.

Durch Toni Heimann (Schwanfeld): (Heinrich Berk RM. 4.—; Moritz Berk 2.05; Max Stern 2.—; D. Blättner 1.40; Elise Heimann 1.—; A. Heimann —.55) = 11.—.

Durch Frau Hedwig Zeilberger (Unsleben): (Hedwig Zeilberger RM. 2.50; Leop. Brandus 2.24) = 4.74.

Durch Paul Ganzmann (Westheim): (Hirschenberger RM. 9.25; J. Klingenstein 6—.; Herrmann 3.25; J. Adler 3.—; Berliner 1.30; Strauß 1.20) = 24.—. Summa: RM. 108.88.

Seit 1. Oktober 1927 aufgebracht RM. 7385.08.

Für die anläßlich ihrer Vermählung freundl. erwiesene Aufmerksamkeit danken herzlichst

Wilhelm Kornhauser und
Frau Regina geb. Lieber

München, Juli 1928
Mainzer Straße 3



Das Vertrauenshaus für erstklassige Marken

M. J. SCHRAMM

MÜNCHEN, Rosenstr. 5/I

Färberei J. Arnold
Chemische Waschanstalt

Pension und Kuranstalt Parkvilla Reichenhall

Direkt am Kurgarten
Alle Kurmittel im Hause
Vornehmes, erstklassiges, ruhiges Haus / Fernsprecher 322

M Ü N C H E N

HOTEL EUROPÄISCHER HOF

BES. OTTO LÜCKERT

Das vornehme Hotel direkt gegenüber Hauptbahnhof Südausgang

Unter der gleichen Leitung

HOTEL DEUTSCHER HOF

OTTO LÜCKERT

5 Minuten vom Bahnhof am Karlstor gelegen

Kaffee-Restaurant
Wein-Restaurant
Pfälzer Winzerstube

Täglich nachm. und abends Konzert

Pension Elisenbad, Reichenhall

neben Kurpark mit allem Komfort
Schöner Garten Telephon 156

Villa Engl, Reichenhall

Ludwigstraße 27 (im Zentrum)
Zimmer mit Frühstück Telephon 521

BAD KISSINGEN

Hotel und Pension Bayerischer Hof

Kurhausstraße 25, 2 Minut. vom Bahnhof. Kurgarten und Brunnen geleg. Pension bei mäßigen Preisen Hausdiener a. Bahnhof. Tel. 289
BESITZER LOUIS ROBERT HERZOG

Möbel- u. Raumkunst Rosipalhaus

Münchner Austattungshaus für Wohnbedarf Rosenstr. 3

Frei zugängliche Ausstellung **„Das behagliche Heim"**

Fremden-Pension Carola • Bad Reichenhall

Schöne Lage am Kurpark nächst den Bädern und Gradierhaus / Fließendes Wasser / Wiener Küche / Telephon 424

Englische Qualitäten

„Das Beste für Sport- und Touren-Anzüge"
in bester Verarbeitung u. hervorragender Paßform empfiehlt
Herrenschneiderei Albert Oeschger
Corneliusstraße 32 (1 Minute vom Gärtnerplatz)

SELMA EMRICH

SCHÜLERPENSIONAT

WÜRZBURG / TRAUBENGASSE 3

Gewissenhafte Überwachung / Beste Verpflegung

In unseren großen

Spezial-Abteilungen

unterhalten wir stets eine reiche Auswahl preiswerter Gebrauchs- u. Luxusartikel zu vorteilhaftem Einkauf

Hermann Tietz

München

Schwesternbund d. München-Loge

Gemütliche Abende

im Mädchenklub, Herzog-Max-Str. 5/I Rg.

Montag, 8[15] Uhr:
Rhythm. Kurs (Hzg.-Rudolph-Str. 1/p Rg.)
Dienstag von 8—10 Uhr:
Nähen (Kleider, Weißnähen, Handarbeit).
Donnerstag von 7[30]—8[30] Uhr:
Englisch (für Anfänger u. Fortgeschrittene)
Donnerstag von 8[30]—10 Uhr:
Geselliger Abend (Literat., Biblioth., Musik)

Zu unseren Heimabenden laden wir Mädchen vom 16. Lebensjahre ab herzlich ein. Zutritt frei. Anmeldung bei Frau Studienrat **Schaalmann**, Tengstraße 37

Krah & Dvorak ⋆ **Feine Herrenschneiderei**

München / Theatinerstraße 49 / Fernruf 27657

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog-Max-Straße 4, München.